

2018-02-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem
Ausschuss für Finanzen zum Haushalt am 24.01.2018

Sitzungsbeginn: 16:38 Uhr
Sitzungsende: 19:29 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, und Herr Rumpf, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, begrüßten die Ausschussmitglieder und Gäste, stellten die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit zehn Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses und acht Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen fest.

Der diesjährige Haushalt sei durchaus kompliziert und schwer aufzustellen, es gebe zu kompensierende Steuerausfälle, sowie einen Konsolidierungsbedarf, führte der **Oberbürgermeister** einleitend aus.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00 – einstimmig beschlossen
Ausschuss für Finanzen: 8:00:00 – einstimmig beschlossen

3 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2018 und Folgejahre Vorlage: BV/449/2017/II-20

Herr Oberbürgermeister Kuras bat **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, um kurze Einführung.

Frau Nußbeck schlug vor, in drei Schritten vorzugehen. Für den Haushalt 2017 wurde eine Prüfliste als Anlage dessen erstellt. Sie beabsichtigte, mit den Ergebnissen bzw. Sachständen der Prüfaufträge zu beginnen. Im Anschluss folgen die Anfragen und Erläuterungen zum Haushalt. Zuletzt mögen die Anträge und Erörterungen der Fraktionen zum Haushalt thematisiert werden.

Des Weiteren empfahl Frau Nußbeck, die **Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zusammen zu beraten**, da die Themen ineinander greifen. Gegen diese Vorschläge wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Im Folgenden nahm Frau Nußbeck Bezug auf die elf Prüfaufträge des Haushaltes 2017. Ihre Erläuterungen sind stichpunktartig in **Anlage 2** zu finden.

Kostenumfang, Finanzierung, Straßenausbau für kombinierten Rad- und Gehweg Möster Straße

Diskussion der Ergebnisse im zuständigen Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Hinsichtlich des ersten Prüfauftrages ergänzte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass die Beschlussvorlage am 31.01.2018 im Stadtbezirksbeirat Süd, Haideburg, Törten vorgestellt wird und damit in die Diskussion geht. Zuvor gab es eine Beratung, in der die Kosten als zu hoch eingeschätzt wurden, dadurch ist die Vorlage in der Beratungsfolge nicht weiter gegangen und intern nochmals diskutiert worden.

Kostenumfang, Finanzierung, Straßenausbau, Alternativen für Straßenausbau Triftweg Roßlau; Diskussion der Ergebnisse im zuständigen Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Zum zweiten Prüfauftrag schilderte **Frau Nußbeck**, dass Mittel für eine Baugrunduntersuchung eingestellt wurden, um zu prüfen, ob die Tragfähigkeit des Untergrundes die vereinfachte Sanierung zulässt.

Antrag auf Förderung der Jugendarbeit für SV Germania 08 Roßlau e. V. für eine Projektförderung prüfen; Überarbeitung der bestehenden Sportförderrichtlinie

Wortmeldungen zum dritten Prüfauftrag wurden nicht vorgebracht.

Zusammenfassung aller Projekte und Maßnahmen – in Vorbereitung des Bauhausjubiläums 2019 – Kontrolle durch Projektgruppe Vorbereitung des Bauhausjubiläums – unter Leitung Dr. Reck

Bezugnehmend auf den vierten Prüfauftrag schilderte sie, dass für den Haushalt 2018 Projekte angemeldet worden sind, die mit einer Förderquote von 80 % in den Haushalt eingestellt wurden. Zwischenzeitlich ist klar, dass nicht alle angemeldeten Projekte förderfähig sind und die Höchstförderquote 50 % beträgt. Daraufhin ist die bisherige Liste, die die Grundlage der Haushaltsanmeldung bildete, nochmals überarbeitet worden. Diese wurde nun im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport bekannt gegeben, die Beschlussvorlage dazu steht jedoch noch aus.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, ergänzte, dass die Projektliste im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport bestätigt wurde. Die angepassten Projekte wurden dargestellt. Die Beschlussvorlage wurde deshalb bisher nicht eingebracht, weil die Förderquote und die tatsächliche Förderfähigkeit vor der Einbringung feststehen sollten, ansonsten hätte sie möglicherweise nochmals in den Umlauf gemusst. Die bestätigte Liste beinhaltet die Projekte, die zum Bauhaus-Jubiläum als Programmobjekte umgesetzt werden sollen. Zudem ist im Haushalt ein Projektblatt hinterlegt, aus dem übersichtlich ergeht, welche Programmpunkte enthalten sind. Die Darstellung der Infrastrukturprojekte konnte bisher noch nicht umgesetzt werden. Diese sind aber auch im Haushalt entsprechend der Fachdezernate hinterlegt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die begrenzte Reaktionszeit für die Projekte, die für das Bauhaus-Jubiläum 2019 anstehen. Dadurch dass Nachbearbeitungsbedarf besteht, schlug er vor, die Projekte, die haushalterisch platziert werden sollen, zumindest für den Haushalt vorzubereiten. Die Projekte, bei denen beispielsweise die Förderung nicht stimmt, sollen ein Stück weit in Reserve gesetzt werden. Man sei in der Realisierung recht unentschlossen unterwegs, daher sollten Prioritäten gesetzt werden. Es sei ein „Nackenschlag“, dass die Förderquote letztendlich nur 50 % beträgt. Er bat darum, mit der Landesregierung nachzuverhandeln. Derzeit signalisiert das Land eine hohe Affinität hinsichtlich des Bauhaus-Jubiläums. Die Landesregierung werde also ein Jahr vor dem Jubiläum aktiv. Herr Schönemann legt großen Wert auf die Infrastrukturprojekte. In der Bevölkerung werde u. a. die Elballee als Band zwischen den Meisterhäusern und dem Kornhaus stark nachgefragt. Im Haushalt 2018 solle eine verbindliche Antwort gegeben werden.

Frau Nußbeck wandte ein, dass die Information, was förderfähig ist, nach ihrer Kenntnis bisher nur mündlich ergangen ist. Wenn der Haushalt aufgestellt ist und die Fördermittelbescheide noch nicht vorliegen, ist der vorzeitige Maßnahmebeginn Grundvoraussetzung, um die Förderfähigkeit nicht zu verlieren.

Herr Dr. Reck pflichtete Frau Nußbeck bei; recht verbindlich sei bereits, was gefördert und was nicht gefördert wird. Insgesamt soll alles gefördert, mit Ausnahme der Pathetiker oder Schlemmerfiguren, die am Stadteingang als sichtbares Zeichen bereits im Januar platziert werden sollen. Dort gebe es nicht einmal die 50 % Förderung, das Projekt wurde gänzlich abgelehnt. Alle anderen Projekte wurden mit 50 % in Aussicht gestellt. Mit Frist bis Mitte Januar musste nochmals nachgearbeitet werden. Die Nacharbeiten sind erledigt, sodass die Stadt davon ausgeht, dass die Zuwendungsbescheide relativ zügig ergehen. Allerdings werden aufgrund der reduzier-

ten Förderquote nur die Projekte „Unsichtbare Orte“, „Passagen“ und „Das Bauhaus liest“ verfolgt, die anderen geplanten Ausstellungen wurden herausgenommen. Die Projekte „Unsichtbare Orte“ und „Passagen“ werden auf jeden Fall im Stadtraum spürbar durch Kunstinstallationen respektive durch Informationen, mit dem „Das Bauhaus liest“ dann auch durch Literatur. Nicht im Haushalt enthalten ist das „Werkleitz-Projekt“. Die Stiftung Bauhaus selbst hat ein umfangreiches Programm aufgestellt, welches in deren Haushalt abgebildet worden ist. Das eine Schauprojekt, welches abgelehnt wurde, hatte ein Volumen von 320.000 EUR. Wenn es dafür gar keine Förderung gibt, werde es nicht durchgeführt.

Informationsvorlage zur Untersetzung der Maßnahmen und zur zeitlichen Umsetzung für die Sanierung des Eingangsbereiches des Dessauer Rathauses und die Gestaltung des Ratssaals

Bezüglich des fünften Prüfauftrages sagte **Frau Nußbeck**, dass für die Folgejahre noch keine Haushaltsmittel eingestellt wurden, weil dies der Diskussion über die weiteren Schritte überlassen werden sollte.

Hintergrund war, dass im Sommer sehr unterschiedliche Diskussionsbeiträge vorgebracht wurden, was zuerst gemacht werden sollte und was die größte Wichtigkeit hat, so **Frau Schlonski**. Daraus entstand die Bitte an die Verwaltung, das Gesamtpaket Rathaus-Sanierung zu schnüren, insgesamt vorzustellen und dann gemeinsam Schwerpunkte zu entscheiden. Dies wurde in Auftrag gegeben. Das Gutachten sollte bereits im Dezember vorliegen, nun wurde es für Anfang Februar angekündigt, so dass die Verwaltung hofft, Ende Februar mit einer Vorlage in die Diskussion gehen zu können.

Herr Schönemann sagte erwidern, dass in der letzten Diskussion Einigkeit bestand, dass eine ganzheitliche Betrachtung erfolgen muss, weil sich der Turm verselbstständigt hat, ebenso wegen der Sanitäreinrichtungen. Man war sich aber auch einig, dass der Eingang zum Rathaus und der Ratssaal oberste Priorität haben. Dazu hätte er hinsichtlich der nächsten Schritte gern eine verbindliche Aussage. Grundansatz war, dass man mit den Freiräumen im Rathaus höchst unzufrieden ist. Es mache keinen guten Eindruck, wie man sich öffentlich präsentiert. Der Zustand der Toiletten und dergleichen reflektiert auch nach außen, wie die Stadt mit dem Thema umgeht. Der Ratssaal stand in der Politik immer im Fokus, diese Priorität solle sich auch in der Gesamtbetrachtung widerspiegeln.

Vorlage der Spielplatzkonzeption, Darstellung der Zeitschiene und der Prioritäten der Umsetzung der Maßnahmen an Spielplätzen; Entscheidung im zuständigen Fachausschuss über Verwendung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 20.500,00 €

Frau Schlonski ergänzte zu den Ausführungen zum sechsten Prüfauftrag, dass es Moment keine Beschlussvorlage, sondern nur eine Diskussionsgrundlage gibt, mit der bewusst breit in die Ausschüsse und Ortschaftsräte gegangen wird, um Informationen, Anregungen und dergleichen zu sammeln. Diese werden eingearbeitet und dann werde ggf. eine Beschlussvorlage eingereicht, die einen Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan enthält, sowie Prioritäten festlegt. Geplant ist auch eine öffentliche Veranstaltung.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, gab an, den Prüfauftrag so verstanden zu haben, dass es erst in 2019 umgesetzt wird. Wenn die Beschlussvorlage im Juni dem Stadtrat vorgelegt werden soll, könne man sich ausrechnen, was 2018 überhaupt noch umgesetzt wird. Die Konzeption zeigt auf, an welchen Stellen Mängel sind und dringender Handlungsbedarf besteht. Man könne nicht einen Sozialbericht vorlegen und sagen, dass alles schlimm ist, was es in der Stadt für die Kinder gibt und dann nochmal ein Jahr abwarten, bis überhaupt etwas passiert. Sie werde später konkrete Anträge stellen. Frau Ehlert forderte konkrete Maßnahmen, aber nicht erst im Juni, weil diese dann in 2018 nicht mehr umgesetzt werden können.

Herr Eichelberg stimmte zu. Der Sozialbericht sei teilweise niederschmetternd, es bestehe kurzfristiger Handlungsbedarf. Die Armutszahlen seien bekannt. Die Stadt leidet unter Einwohnerverlusten, die Bevölkerung wird zudem immer älter. Daher habe man nur eine Chance: man müsse etwas für Kinder machen, sodass es interessant werde, nach Dessau zu ziehen.

Förderung über LAP-projektähnliche Initiativen (Partnerschaft für Demokratie) für Initiative Buntes Roßlau untersuchen

Herr Schönemann nahm Bezug auf den siebenten Prüfauftrag. Im vorherigen Jahr wurde signalisiert, dass in der Ölmühle die Kombination eines Bürger- und Freizeitzentrums möglich ist, wobei dem Bunten Roßlau durch Akzeptanz auch der Rücken gestärkt wird. Dass die Initiative einen Preis erhalten hat, ist bemerkenswert. Er wünschte sich Unterstützung seitens des Ortschaftsrates Roßlau, insbesondere in Begleitung der Aktivitäten. Die Initiative möge auch in Zukunft unterstützt werden, sie leiste Pionierarbeit in Roßlau.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete, während des Neujahresempfanges bei den Grünen mit Herrn Geiger und Frau Münch gesprochen zu haben. Es mangle nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern vor allem auch an ideeller Unterstützung.

Budgets für Sachkosten an Schulen – Informationsvorlage über das Ergebnis erarbeiten

Hinsichtlich des achten Prüfauftrages fragte **Herr Schönemann** nach einer Alternative. **Frau Nußbeck** erklärte, es solle so bleiben, wie es ist. So funktioniere es gut, ein gegenseitig deckungsfähiges Budget ist vorhanden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, ergänzte, dass die Schulen über Budgets verfügen, nur erfolge die Bewirtschaftung nicht in den Schulen, denn diese bringe einen Verwaltungsaufwand mit sich, gegen den sich die Schulleiter sträuben, weil sie dafür keine Kapazitäten haben. Das Budget liegt derzeit in der Verantwortung des Schulamtes, wird dort bewirtschaftet und anders bezogen – verstärkt, wenn an einer Schule zusätzliche Kosten entstehen. Für die Verwaltung sei der Vorteil der zu prüfenden Methode nicht erkennbar, eher sind Nachteile deutlich.

Frau Ehlert entgegnete, dass Budgets für Schulen und Kultureinrichtungen in anderen Städten bereits getestet wurden. Der Antrag wurde gestellt, weil ständig gejammert werde, dass es an Kopierpapier oder andere einfachen Unterrichtsmaterialien

mangelt. Wenn die Schulen mit dem vorhandenen Budget auskommen würden, müssten sie die Eltern nicht ständig zur Kasse bitten.

Herr Oberbürgermeister Kuras bat Frau Wendeborn um weitere Ausführungen.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erklärte, dass bisher in keinem Haushaltsjahr eine hundertprozentige Erfüllung bei den Unterrichtsmitteln oder anderen Leistungen bestand. Die Schulen haben den Spielraum und die Möglichkeit, einen Antrag an das Amt zu stellen. Das Amt weist ein Budget zu, was aber nicht zum Ansparen gedacht ist. Sie verwies auf ein Modell, welches an einer berufsbildenden Schule erprobt wurde. Dort hat es nicht funktioniert. Dass von Jammern die Rede sei, könne sie nicht akzeptieren. Die Unterrichtsmittel wurden zu 86 % in 2017 erfüllt. Auch in den Jahren davor wurde das Budget nicht zu 100 % genutzt. Sie bot eine Auflistung an und stehe für derartige Anfragen gern zur Verfügung. Frau Wendeborn erläuterte, dass das Geld zudem nicht für die Stadt eingesammelt werde, sondern für Leistungen, die vor Ort für die Kinder erbracht werden oder damit die Eltern es nicht separat kaufen müssen.

Erarbeitung der Konzeption für die Freibäder. (Ist-Situation; Darstellung des Bedarfs, Betrachtung der demografischen Entwicklung, Städtevergleich etc.)

Bezugnehmend auf den neunten Prüfauftrag erläuterte **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, dass das Fachdezernat die Erstellung eines Freibadkonzepts derzeit für schwierig erachtet, da der Großteil der Bäder verpachtet ist. Jedem Pächter steht es frei, sein Bad zu betreiben. Durch das Freibad Roßlau, das Bad in Rodleben, die Stadtschwimmhalle und die Südschwimmhalle bzw. das spätere Sportbad werde ein städtisches Angebot verfügbar gehalten. Der politischen Entscheidung ist freigestellt, ohne es als Beigeordneter zu empfehlen, wenn Pachtbäder wie das Kühnauer Bad frei werden, es wieder in kommunale Trägerschaft zu übergeben. Bei der Erstellung einer Freibadkonzeption bestehe der Gestaltungsspielraum allein darin, über die städtischen Bäder zu entscheiden. Zuschüsse für Pachtbäder seien eventuell auch möglich, dies würde jedoch dem Pachtcharakter widersprechen. Er sehe derzeit keine Möglichkeit, die Freibäder Roßlau und Rodleben oder das Sportbad zu konsolidieren. Bei der Stadtschwimmhalle hat die Stadt im Konsolidierungskonzept den Auftrag, eine Vermarktung zu prüfen. Zu beachten ist jedoch, dass unabhängig von dem Prüfauftrag mit dem Sportbad ein Bad geschaffen wurde, dass auch intensiv durch Vereinsnutzung beansprucht wird und dass ein von der Vereinsaktivität völlig losgelöstes Schwimmen durch Bürger stattfindet. Die einzige Möglichkeit für die kommunalen Bäder besteht darin, zu beurteilen, ob der Bedarf besteht. Die Hallenbäder seien nicht verpachtet, somit bleiben nur noch zwei übrig. Er zweifle, dass der Bedarf mit einem Hallenbad bei einer Stadt dieser Größe gedeckt werden kann. Dies müsse beobachtet werden, wenn das Sportbad in Betrieb ist.

Herr Schönemann erinnerte daran, dass die Diskussion um die Freibäder daraus resultierte, dass bestimmte Qualitätskriterien in Frage gestellt wurden. Auch verpachtete Bäder unterliegen einer konzeptionellen Orientierung. Ein Freibad könne nur nach konzeptionellen Vorgaben vergeben werden. Bei der Ausschreibung müsse ein Ziel gesetzt werden.

Bei der von Herrn Dr. Reck aufgeworfenen Frage, ob ein Hallenbad ausreichend ist, sei zu klären, wie verfahren werde und ob es nötig ist, das zweite Gesundheitsbad nun doch in städtischer Hoheit zu behalten, obwohl es Konsolidierungsgegenstand

ist. Am Ende handle es sich um eine konzeptionelle Diskussion, das treffe auch auf die Naturbäder zu. Diese haben ganz klare Aufgaben, auch als Vereine eine Zielsetzung und Vereinsinhalte. Damit wird die soziale Qualität der Freibäder deutlich, auch das Verhältnis der Stadt zu den Bürgern zeichnet sich daraus aus.

Die Bevölkerung ist um ein Drittel geschrumpft, so **Frau Nußbeck**. Die heutige Stadtfläche hat einst 125.000 Einwohner gefasst, nun seien es lediglich 80.000 Einwohner. An dieser Entwicklung müsse bemessen werden, was gebraucht wird. Es sei sicherlich nicht falsch, Vergleichszahlen heranzuziehen.

Dies werde geprüft, erklärte **Herr Dr. Reck**. Zu einer solchen Betrachtung gehört auch, zu prüfen, ob der Bedarf dem entspricht, was man sich als Angebot für Familien, Kinder und Jugendliche wünscht. Es sei jedoch Irrglaube, davon auszugehen, dass das Konzept eine weitere Konsolidierung bringt.

Ermittlung der Kosten für kostenloses Frühstück für Kinder in Einrichtungen der Dekita und für Kinder in Einrichtungen freier Träger;

Erweiterter Prüfauftrag – Ermittlung der Kosten für kostenlose Vollversorgung der Kinder in Kinder-Einrichtungen zu prüfen. Über das Ergebnis werden die politischen Gremien in Form einer Informationsvorlage in Kenntnis gesetzt.

Für Ausführung zum zehnten Prüfauftrag übergab **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** das Wort an Herrn Beigeordneten Krause.

Herr Krause führte aus, dass die kostenlose Versorgung bereits Anfang 2017 in den Fachausschüssen besprochen wurde und die unterschiedlichen Varianten ausgerechnet wurden. Bei den Durchschnittskosten in 2017 sei für eine Vollversorgung aller Kinder eine Summe von circa 2,83 Mio. EUR zu veranschlagen. Die Variante des Angebots kostenlosen Frühstücks für alle Kinder würde mit 500.000 EUR zu Buche schlagen. Dazwischen gibt es noch mehrere Varianten, die ebenfalls aufgeführt wurden. Die Bereitstellung von kostenlosem Frühstück und Vesper sowie kostenpflichtigem Mittagessen würde 991.000 EUR kosten, gemessen an Kosten aus 2017. Aufgrund der Preissteigerung müsse ein Faktor x hinzugerechnet werden.

Herr Eichelberg erklärte, den Antrag eingereicht zu haben, um die Kosten der Vollversorgung überblicken zu können. Die Kosten seien derzeit nicht zu stemmen, er hoffe auf Unterstützung seitens des Bundes. Dennoch lautet der Antrag auf kostenloses Frühstück für Kinder in kommunalen Einrichtung sowie freier Trägerschaft. 41 % der Kinder in Dessau-Roßlau leben in Armut. Bei diesen Kindern kann nicht vorhergesagt werden, ob sie ein gesundes Frühstück von Zuhause erhalten. Auch in anderen, besser situierten Haushalten gibt es teilweise kein gesundes Frühstück. Daher ist der Fraktion eine altersgerechte Entwicklung und vollwertige Frühstücksversorgung für alle wichtig. Er betrachte die Kinder nicht als Rechengröße, sondern als Kinder unserer Stadt, denen geholfen werden muss. Der Fraktion ist bewusst, dass eine Ganztagsversorgung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich ist. Die Frühstücksversorgung solle ein Anfang sein. Die Entwicklung der Kinder sollte es der Stadt wert sein. Er fragte hinsichtlich der anderen Anträge zum Haushalt, welches Gut höher steht als die Kinder. Die Stadt ist um 1/3 der Bevölkerung geschrumpft und überaltert, daher müsse dort angesetzt werden. Inwieweit die Umsetzung durch ein privates Unternehmen möglich ist oder ob das Klinikum die Versorgung übernehmen kann, müsse geprüft werden. Thematisiert werden müsse auch der Mangel an KiTa-Plätzen in der Stadt. Wenn er die Zahlen richtig deutet, fehlen

insgesamt 100 Plätze, davon 60 KiTa- und 40 Krippenplätze. Man könne nicht warten bis ein Konzept existiert. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, um potentiellen neuen Einwohnern ein gutes Angebot unterbreiten zu können. Er betrachte die kostenlose Frühstücksversorgung als ein gutes Signal, nicht nur in der Region. Dessau-Roßlau sei nicht die erste Stadt. Bisher gib es noch keine Unterstützung vom Bund, daher müsse die Stadt in Vorleistung gehen. Wenn Mittel vom Bund kommen, könne die Stadt entlastet werden.

Richtig sei, dass die Kinder das höchste Gut und die Zukunft sind, in die man investieren muss, so **Herr Rumpf**. Aber die 41 % müssen differenziert betrachtet werden, zu dem glaube er nicht, dass 41 % der Kinder in den Einrichtungen kein Frühstück haben. Ob es gesund ist, sei diskutierbar. Wenn man auf gesundes Frühstück hinauswill, sei dies der verkehrte Ansatzpunkt. Es ist schwierig alle Einrichtungen gleichzustellen, da es unterschiedliche Caterer zu unterschiedlichen Preisen gibt. Wenn ein gesundes Frühstück bereitgestellt wird, sei die Verpflegung zum Vesper fraglich, dort gehe es ungesund weiter. Mit Fokus auf gesunde Ernährung müsse man konsequent handeln. Durch Ganztagsversorgung könne man über die Einrichtungen das Angebot von gesunder Nahrung steuern. Man könne denen, die es brauchen, einen Zuschuss zum Frühstück gewähren. Dabei handle es sich um einen völlig anderen Ansatzpunkt, daher werde die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen.

Herr Schönemann sprach sich für die Ganztagsversorgung als perspektivisches Projekt aus, im Augenblick sei es haushalterisch nicht möglich. Aufgrund des Sozialberichtes bestehe Handlungspflicht. Es wäre ein deutliches Signal, sich verbindlich zur gesunden Verpflegung zu bekennen. Das Frühstück müsse irgendwie möglich sein, daher unterstütze er die Vorlage ausdrücklich. Die Prioritäten müssen auf die soziale Stabilisation gesetzt werden.

Herr Hernig, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stimmte zu, dass Kinder als das wichtigste Gut unterstützt werden müssen. Die statistische Kinderarmut ist bedauerenswert, jedoch wird im Kindergarten kein Kind vernachlässigt. Wer Bedarf hat, wird diesbezüglich gefördert und erhält Unterstützung, d. h. das Essen wird definitiv bezahlt. Hinzu kommt, dass Kinder verschiedene Geschmäcker haben und teils lieber etwas von Zuhause mitnehmen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, stimmte zu, dass grundsätzlich ein demografisches Problem besteht. Eine Stadt stabilisiert sich, wenn sie wirtschaftlich stabil ist. Die grundsätzliche wirtschaftliche Stabilität einer Stadt wirkt sich auf das Lohngefüge, das Bruttosozialprodukt, die Steuereinnahmen der Stadt, etc. aus. Demzufolge gibt es auch Kommunen, die es sich leisten können, eine kostenlose Versorgung in Kindertagesstätten zu gewährleisten. Zu bedenken ist, dass die 41 % der Haushalte die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um die Versorgung zu sichern – die Qualität ist eine andere Frage. Er präferiert eher den Ansatz der gesunden Versorgung mit stringenten Vorgaben in den Einrichtungen an den Caterer, den die DE-KITA aktuell verfolgt. Herr Adamek sehe bei der Versorgung eine Landes-/Bundesproblematik, da eine Kommune sich die gesunde Ganztagsversorgung nicht leisten kann.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass der Antrag in der Fraktion kontrovers diskutiert wurde, ohne dass ein Ergebnis erzielt werden konnte. Daher werde er dem Antrag heute weder zustimmen, noch ablehnen. Die Frage, ob man mit dem Vorschlag Chancengleichheit bei Kindern herstellen kann, treibt die Fraktion weiter um, da sie diese verneint. Hinsichtlich der Refinanzierung könne man die Kosten sozialverträglich umlegen, indem der Kostenaufwuchs von etwa 20 EUR pro Kind und Monat auf die Elternbeiträge gelegt wird. Dann werden die wirtschaftlich Stärkeren den Beitrag mit stemmen und das Geld kommt bei den wirtschaftlich Schwächeren an. Wenn es sich um 41 % handelt, betrage die Summe rund 400.000 EUR, die im Haushalt aufgebracht werden müssten. Fraglich sei, ob tatsächlich etwas mehr Chancengleichheit hergestellt werden kann. Alternativen, wie das Obstprojekt, bei dem Obst kostenlos zur Verfügung gestellt und von den Erziehern entsprechend aufbereitet wird, sollten bedacht werden. Mit dem Projekt greift man nicht so weit in die Entscheidungsbefugnis der Eltern, was sie ihren Kindern zu Essen mitgeben, ein, aber man legt den Kindern ein Stück gesunde Ernährung vor. Herr Bönecke schlug eine flächenmäßige Ausdehnung dieses Projektes vor.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stimmte Herrn Bönecke grundsätzlich zu. Der Qualitätsaspekt müsse im Vordergrund stehen. Es gebe eine Vielzahl von Projekten im Land für die gesunde Ernährung von Kindern. Die 41 % sind aus dem Sozialbericht falsch zitiert worden. 41 % beträgt die Zahl der Kinder, die existenzsichernde Sozialleistungen beziehen. Die Armutsquote liegt bei 19 %. Das ist hoch, insbesondere, wenn man bedenkt, dass sie in drei Stadtteilen über 75 % liegt. Die Quote liegt niedriger als im Landesdurchschnitt oder in den Städten Halle (Saale) und Magdeburg. Durch die vorgeschlagene Maßnahme werde an der Quote nichts geändert. Daher müsse betrachtet werden, wie an der Situation etwas geändert werden kann. Bei der benötigten Summe handelt es sich um sehr viel Geld, das auch an weniger/nicht bedürftige Kinder gehen würde. Der Großteil der Eltern versorgt ihre Kinder gut. Möglicherweise ist das anzubietende Essen nicht so gut, wie das, das die Eltern ihren Kindern zum Teil bereits mitgeben. Die jetzige Formulierung und bisherige sind nicht zielführend.

Herr Eichelberg verwies auf den Gesamthaushalt in Höhe von 200 Mio. EUR. Die vorgeschlagene Maßnahme ist eine freiwillige Leistung in Höhe von 500.000 EUR. Er bat zu bedenken, wie viel Geld in andere freiwillige Leistungen investiert wird. Er erinnerte daran, dass sein Antrag alle Kinder, nicht nur die sozialschwachen, umfasst. Bei den freiwilligen Leistungen müssen Prioritäten gesetzt werden. Der Fraktion sei bewusst, dass sich die Stadt keine Ganztagsversorgung leisten kann, aber mit dem kostenlosen Frühstück solle angefangen werden. Wenn gewagt wird, auf die Qualität des Essens Einfluss zu nehmen, obliegt es der Kommune gemeinsam mit den Eltern zu kontrollieren, ob es ein gutes Frühstück ist. Man könne jederzeit nachsteuern. Der Antrag wird beibehalten, sollte er keine Mehrheit finden, wird die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Kuras sah es als problematisch an, dass die Ansichten, was ein gutes Frühstück ist, bei den Kindern und Eltern sehr weit auseinandergehen. Wenn das Frühstück für alle bereitgestellt werden soll, müsse man sich eingestehen, dass freiwillige Leistungen an Familien gezahlt werden, die es gar nicht brauchen. Er verstehe den Ansatz und zeigte sich betroffen wegen der sozialschwachen Kinder, aber stellte das Mittel in Frage.

Herr Schönemann hatte den Eindruck gewonnen, dass man sich dem Thema widmen will und eine zielbringende Lösung auf den Weg bringt. Der erste Ansatz steht und müsse stehen bleiben, um das Ziel zu erreichen. Er ist sich sicher, dass man über ein solches Signal – das kostenlose Frühstück – überregional in den Medien berichten würde. Er sprach sich für eine differenzierte Betrachtung und qualitative konzeptionelle Begleitung aus.

Herr Adamek sprach, die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Versorgung in Kindereinrichtungen sei außer Frage gestellt. Fraglich sei, wo die 500.000 EUR hergenommen bzw. wo sie gestrichen werden sollen.

Frau Nußbeck stellte klar, dass die Armutsquote nicht bei 41 % liegt. Das falsche Zitat ist die schlechteste Botschaft, die soeben gesendet wird. Es gibt eine Armutsquote, diese ist auch nicht wegzudiskutieren und man müsse gewissenhaft darüber reden, wie dieses Problem gelöst wird. Fraglich ist, warum die nicht sozialschwachen Kinder aus Mitteln, die die Stadt nicht hat, bezuschusst werden sollen. In Deutschland gibt es das Subsidiaritätsprinzip, welches hier in Frage gestellt wird. Subsidiarität bedeutet, dorthin Geld zu geben, wo die Bedürftigkeit gegeben ist, anstelle des „Gießkannenprinzips“. Zudem sind die Geschmäcker verschieden. Ob das, was die Stadträte gut finden, allen Kindern letztendlich schmecken wird, ist sehr fraglich. Eventuell wird damit erzeugt, dass die Hälfte der Lebensmittel weggeschmissen wird. Sie verwies auf dem Umgang mit dem Mittagessen. Wer von Zuhause süß erzogen ist, wird herzhaftes Frühstück nicht wollen. Geschmack ist Erziehungssache. Man würde viele Eltern, die sich Mühe geben und ihren Kindern ein gutes Frühstück bereiten, bevormunden. Das könne nicht das Ziel sein. Frau Nußbeck verwies darauf, dass es sich nicht nur um 500.000 EUR handelt, sondern um 2 Mio. EUR, da der Haushalt für vier Jahre aufzustellen ist. Es reicht nicht zu rufen, dass Prioritäten gesetzt werden müssen, sondern müsse benannt werden, auf welche freiwilligen Ausgaben verzichtet wird.

Frau Ehlert kritisierte, dass über Dinge gesprochen wird, für die kein ausreichender Informationsstand herrscht. Herr Beigeordneter Krause hätte bereits besser aufklären können, immerhin haben bereits sechs Einrichtungen in Dessau-Roßlau Ganztagsversorgung. Mit diesen könne als Pilotprojekt begonnen werden. Die Stadt macht es sich schwer.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verwies auf seine zweigeteilten Erfahrungen mit der Einführung der Ganztagsversorgung in der DEIKTA als Modell. Zum einen wurden Erziehungseffekte erzielt, die gesunde Ernährung sollte gefördert werden, zum anderen ist es in der Einrichtung in Kleinkühnau zu einer Reihe von Elternprotesten gekommen. Das Kuratorium hat sich mehrheitlich für die Ganztagsversorgung entschieden. Man wollte damit beginnen, um modellhaft anderen, noch nicht angeschlossenen Einrichtungen zu zeigen, wie es funktioniert, was der Caterer kann und um auch andere mitzunehmen. Er hat derart viele Beschwerden von den Eltern der Einrichtung bekommen, die sich nicht bevormunden lassen wollen. Einerseits wollen sie ihren Kindern selbst das Frühstück mitgeben und andererseits entscheiden, was gesund ist. Damit habe Herr Krause nicht gerechnet, juristisch komme man dort auch nicht voran, weil die Konzeption der Einrichtung bisher anders war. Es wurde während der laufenden Betreuungsverträge umgestellt,

sodass die Eltern Vertrauensschutz haben. Man könne die Eltern nur über Neuverträge für neu hinzukommende Kinder mit einer neuen Konzeption zwingen. Die Eltern mitzunehmen, werde schwierig.

Herr Eichelberg verstand, dass manche Eltern das Angebot nicht annehmen, weil sie der Meinung sind, die Versorgung besser zu gewährleisten. Dies würde bedeuten, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausgeschöpft werden. Dass diverse Eltern die Versorgung ablehnen, ist korrekt und deren Recht. Man wolle nicht nur die kostenlose zur Verfügung Stellung erreichen, sondern dass es ein den Kindern guttundes Frühstück ist. Wenn nach einem halben Jahr kostenlosem Frühstück 30 % der Eltern sagen, dass sie es besser können, werden 30 % Kosten gespart. Dann sollte evaluiert werden, wo nachgebessert werden muss. Dies könne mit dem Elternkuratorium besprochen werden. Die Fraktion bleibt bei dem Antrag, betonte Herr Eichelberg.

Herr Schönemann fragte, ob Befragungen über die Beteiligung an dieser Versorgung in den Einrichtungen durchgeführt wurden. Anhand dessen könne kalkuliert werden, wer die Versorgung möchte.

Herr Krause entgegnete, dass die Abfragung im Eigenbetrieb DEKITA unter Beteiligung der Kuratorien erfolgt ist. Über Einrichtungen in freier Trägerschaft könne er keine Auskunft erteilen, diese Informationen könnten jedoch noch eingeholt werden. Wenn das kostenlose Frühstück in der Einrichtung angeboten würde, in der nun auch die Ganztagsversorgung pilotiert wird, wäre die Inanspruchnahme sicherlich größer. Grund für die Nichtinanspruchnahme ist nicht nur das sich bevormundet Fühlen, auch der Kostenaspekt ist sicherlich ausschlaggebend.

Frau Storz, SPD-Fraktion, ging auf den Zinsaufwand ein, der im Haushalt bisher immer als wesentliche, millionenschwere Position verankert war. In 2004 betrug der Zinsaufwand 5 Mio. EUR, in 2015 nur noch 0,8 Mio. EUR. Bei der aktuellen Zinsphase wird sich die Stadt mit Kassen- und Investitionskrediten bei circa 1 Mio. EUR Zinsniveau festigen. Im Laufe der Jahre wurden demnach 4 Mio. EUR Zinsen pro Jahr abgebaut. Dieses eingesparte Geld solle nicht immer in Baumaßnahmen, sondern dieses eine Mal in die Kinder investiert werden.

Herr Bönecke entgegnete, wenn man von der Zinsersparnis ausgeht, müsse man den Kostenaufwuchs gegenüberstellen. Allein die Personalkostensteigerungen dürften die Zinsersparnis mindestens verbraucht haben. Zudem müsse man die Millionen Euro betrachten, die zusätzlich aufgrund der Kürzung der Landesmittel in das Theater investiert wurden. Die Mittel liegen nicht auf der Kasse oder dergleichen, sondern müssen irgendwo entnommen werden. Herr Bönecke unterstützt den Ansatz, stellt aber die pauschale kostenlose Zurverfügungstellung eines Frühstückes bei dem bisher bekannten Niveau in Frage. Bedacht werden müssten Alternativen, wo Kinder tatsächlich gesunde Ernährung lernen. Er schlug vor, dass an einem bestimmten Wochentag in den Einrichtungen von den Erziehern gemeinsam mit den Kindern ein gesundes Frühstück zubereitet wird – die Finanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt. Dies setzt voraus, dass die Einrichtungen entsprechend vorbereitet sind. Hierdurch werden die Kinder an die Vorbereitung des Frühstückes und an die Inhalte herangeführt und Erziehungsarbeit geleistet, das wiederum bietet ein Stück Chancengleichheit für die Kinder – anders als ein pauschales Hinstellen von gesundem

Frühstück. Die Mittel sollten nicht pauschal verteilt werden, stattdessen sollte ein Ziel verfolgt werden.

Herr Eichelberg verwies auf die Notwendigkeit der Prioritätensetzung bei den freiwilligen Leistungen und die Einsparungen im Bereich KdU, die sich steigern werden. Er gab an, auf keinen Fall heute anzugeben, aus welchen freiwilligen Leistungen die Mittel für das kostenlose Frühstück entnommen werden sollen. Darin bestehe auch nicht die Aufgabe der Stadträte, sondern in der Setzung von Prioritäten. Priorität Nr. 1 der SPD-Fraktion ist die kostenlose Pausenversorgung.

Herr Oberbürgermeister Kuras widersprach Herrn Eichelberg, er fasst den Auftrag an die Stadträte durchaus so auf, dass die Stadträte Herr über den Haushalt sind und entsprechend entscheiden müssen, wofür die Stadt finanzielle Mittel aufwendet und wofür nicht.

Frau Nußbeck schilderte, dass der Haushalt für 2018 unausgeglichen, aber über den gesamten Finanzierungszeitraum ausgeglichen ist. Der Ausgleich gelingt in erster Linie wegen der guten Ergebnisse der Vorjahre. Das werde in 2017 jedoch nicht gelingen, dort ist ein gewaltiger Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen – dieser werde sich noch durch die nächsten Jahre durchziehen. Trotz dieses Einbruches ist es gelungen, den Ausgleich bis 2021 darzustellen. D. h. worüber jetzt zusätzlich geredet wird, ist keine Deckung vorhanden, sodass überlegt werden muss, woher die Mittel kommen sollen. Die KdU gehen zurück, jedoch muss man dazu wissen, dass diese nur zu 1/3 von der Kommune finanziert werden. D. h., wenn dort eine Einsparung in Höhe von 500.000 EUR gelungen ist, ist die Einsparung für den kommunalen Haushalt effektiv nur 1/3, also 170.000 EUR, weil Bund und Länder jeweils auch 1/3 davon tragen und diese somit ebenfalls sparen.

Herr Eichelberg schlug den Kompromiss vor, statt vier Jahre kostenloses Frühstück, dieses nur für ein Jahr – 2018 – zu gewähren. In 2018 solle getestet werden, wie es funktioniert. Man könne sich auch darauf einigen, dass nach 6 Monaten Probezeit das Projekt eruiert und ggf. nachgebessert wird.

Herr Adamek erklärte, dass ein derartiges Projekt in 2018 gar nicht mehr umsetzbar ist. Ausschreibungsvolumen, etc. machen eine Umsetzung und Evaluierung nach einem halben Jahr unmöglich. Die vorliegende Beschlussvorlage krankt, egal ob über ein oder vier Jahre geredet wird. Es ist eine langfristige Planung nötig, bei der betrachtet wird, inwiefern Bund und Land das Projekt unterstützen.

Herr Eichelberg erinnerte, dass der Prüfauftrag vor einem Jahr gestellt wurde. Die Kämmerei müsste die aktuellen Kosten nochmals berechnen. Wenn heute der Beschluss gefasst würde, die kostenlose Frühstücksversorgung für 2018 noch umzusetzen, könne vermutlich im Juni begonnen werden, sodass die Versorgung circa ein halbes Jahr getestet und zu den Haushaltsberatungen 2019 bzw. Ende des Jahres ein Fazit gezogen werden kann.

Herr Adamek fragte, was ein halbes Jahr getestet werden soll – wie es ankommt, dass das Essen kostenlos ausgegeben wird? Selbstverständlich kommt dies gut an und der Endverbraucher ist glücklich. Der Punkt sei nicht schlüssig, eher solle das

Konzept der Ganztagsversorgung in den Einrichtungen für wenig Geld weiter verfolgt werden.

Herr Eichelberg wies darauf hin, lediglich die Argumente der Fraktionen aufgenommen zu haben. All das, was mit Recht gesagt worden ist, kann dann geprüft und getestet werden.

Herr Bönecke erklärte, dass man nach einem halben Jahr kein anderes Ergebnis erzielen kann, als dass die Eltern glücklich waren, dass sie für das Frühstück nichts bezahlen mussten. Eine Nachhaltigkeit kann aus einem halben Jahr nicht gewonnen werden, weil nicht erhoben werden kann, wie sich das Frühstück bei den Kindern auswirkt, was für Entwicklungen diese durchlaufen und welches Bewusstsein für Ernährung entwickelt wird. Das Geld wäre verbrannt. Das ist nicht das, was er hinter der Vorlage vermutet hat.

Herr Dr. Melchior erläuterte, dass die derzeitige Fassung der Vorlage sehr stark diskussionsbedürftig ist, die weitere Vorgehensweise ebenso. Daher stellte er den Antrag auf Diskussionsende. Die Diskussion solle in der nächsten Sitzung wieder aufgenommen werden. Dann haben die Fraktionen in der Zwischenzeit die Möglichkeit zu diskutieren und sich auf ein weiteres Vorgehen zu verständigen. Der Antrag ist erst in den letzten Tagen eingegangen, die Einzelheiten konnten noch nicht in den Fraktionen diskutiert werden. Im Mittelpunkt der Diskussionen sollten auch die Erreichbarkeit von Nachhaltigkeit und gesundheitlichen Effekten stehen.

Herr Rumpf wandte sich an Herrn Eichelberg und schilderte, dass der Kompromissvorschlag auf ein Vierteljahr bis zwei Monate lauten müsste. Der Haushalt werde voraussichtlich am 21.03.2018 beschlossen, danach gehe der Haushaltsbeschluss circa vier Wochen an das Landesverwaltungsamt (Ende April). Anschließend erfolgt die Veröffentlichung (Ende Mai). Erst dann könne die Ausschreibung vorbereitet werden, letztlich ausgeschrieben und ein Zuschlag erteilt werden, somit ist man im September. Die Ausschreibung müsste für eine Versorgung von Oktober bis Dezember sein, denn für 2019 könne man dies nicht machen, weil es bereits den Haushalt 2019 betrifft, der erst im April 2019 beschlossen wird. Daher wären es nur noch zwei bis drei Monate Probezeit. Es handelt sich letztendlich nur um einen bedenkenswerten Ansatz, der wie vorliegend nicht umsetzbar ist. Man könne zudem nicht allen Einrichtungen vorschreiben, den gleichen Caterer für das gleiche Angebot zu nehmen. Es gibt bereits Einrichtungen, in denen das Angebot von gesunder Ernährung glückt. Dort erhalten alle Kinder, auch mittelschwache, eine gute Versorgung. Man müsse eruieren, wie die Eltern bedürftiger Kinder weiter unterstützt werden können. Die vorliegende Vorlage könne jedoch, selbst bei nur einem viertel Jahr, nur eine Ablehnung seitens der CDU-Fraktion erhalten.

Herr Schönemann stellte den zweiten Geschäftsordnungsantrag auf Aufrechterhaltung des Antrages der SPD-Fraktion mit gemeinsamer Qualifizierung, sodass letztlich eine Mehrheit gefunden wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, mit dem Vorschlag einverstanden zu sein. Man trete bisher auf der Stelle und verbessere die Vorlage nicht, wenn man sie so beschließt.

Herr Eichelberg erklärte, dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schönemann folgen zu können. Der Antrag werde aber so aufrechterhalten, wie er ist, in der Umsetzung werde er qualifiziert. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erläuterte, dass der Antrag damit nicht beschlossen ist. Dem widersprach **Herr Eichelberg**.

Frau Nußbeck erläuterte, dass erst am 14.02.2018 entschieden werden muss, ob der Antrag in den Haushalt aufgenommen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Melchior zur Abstimmung. **Herr Eichelberg** unterbrach ihn und verwies auf den weiterreichenden zweiten Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schönemann. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erinnerte nochmals daran, dass der Antrag nach beiden Geschäftsordnungsanträgen weder beschlossen noch abgelehnt ist. Er werde lediglich zur nächsten Sitzung qualifiziert. Es wurde festgestellt, dass beide Anträge gleich gemeinte waren.

Schließlich ließen beide Ausschussvorsitzenden den Geschäftsordnungsantrag, auf der Grundlage der bisherigen Beschlussvorlage bis zur nächste gemeinsamen Sitzung am 14.02.2018 die Vorlage in den Fraktionen weiter zu diskutieren, um sie in der nächsten Sitzung erneut zur Abstimmung zu bringen bzw. zumindest zu beraten und möglicherweise zu ändern, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	06:03:00
Ausschuss für Finanzen:	05:03:00

Der Antrag wurde angenommen.

Bevor es zur Abstimmung kam, verließ **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Sitzung um 18:13 Uhr.

Darstellung der Umsetzungsmöglichkeiten des Handy-Parkens und evtl. Kosten

Frau Nußbeck verlas den elften Prüfauftrag und erklärte anschließend, dass die Liste der Erfüllung der Prüfaufträge an das Protokoll angehängt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass nun die Anfragen, die insbesondere aus einer Fraktion stammen, behandelt werden.

Im Folgenden wurde festgelegt, dass die von Frau Ehlert gestellten Anfragen zusammen mit den dazugehörigen schriftlichen Antworten an alle Fraktionen gesendet werden. Es handelt sich um Fragen nach dem Ist-Stand, wo der Haushaltsansatz 2018 wesentlich höher ist, sowie eine allgemeine Frage zur Durchführung der Schülerbeförderung, so **Frau Ehlert**. Beispielsweise sind die Busse von Kochstedt aus dermaßen überfüllt, dass man von Glück reden könne, dass sich noch keine Unfälle ereignet haben. Es könne nicht sein, dass Kinder zwei Haltestellen zuvor in den Bus einsteigen müssen, damit sie überhaupt eine Chance zum Einsteigen haben. Der Bedarf werde gar nicht geprüft, kritisierte sie.

Für das Prüfen der Schülerbeförderung und der Anspruchsvoraussetzungen ist das Amt für Bildung und Schulentwicklung zuständig, erklärte **Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung**. Aber für die Kontrolle im Bus selbst

und wie der Transport erfolgt, ist die DVG zuständig. Es gibt keine Schulbusse, die Beförderung erfolgt im Rahmen des Linienverkehrs. Das Amt habe sich heute mit der DVG abgestimmt, es liegen keine Beschwerden und Anfragen vor. Die Abstimmung erfolgt stets mit der DVG, dem Tiefbauamt und dem Straßenverkehrsamt. Sie werde speziell Kochstedt nochmals abfragen. Wenn die Busse überfüllt sind, werden sogenannte Verstärkerbusse eingesetzt.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte, dass die Schulbusse zum Teil extrem voll sind, insbesondere im Winter.

Frau Nußbeck bot Herrn Dr. Melchior eine umfassende schriftliche Antwort zu seiner gestellten Anfrage an, die allen Fraktionen zur Kenntnis übersandt wird. Damit war er einverstanden.

Die Frage von **Herrn Pätzold, Fraktion Die Linke**, ob über alle Teilpläne gesprochen wurde, wurde bejaht. Er habe einige Anfragen, die er auch schriftlich stellen könne, damit sie bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Frau Nußbeck bot allen Fraktionen bei Gesprächsbedarf eine Terminabsprache bis zur nächsten Sitzung an. Insbesondere Frau Ehlert empfahl sie, die Fragenliste gemeinsam zu besprechen.

Herr Oberbürgermeister Kuras läutete die Antragseinbringung ein.

Herr Adamek schilderte eingangs, dass die CDU-Fraktion einige Anträge aus den Vorjahren wiederholt, bei denen die Notwendigkeit gesehen wird, darauf nochmal zurückzukommen. Im Folgenden verlas er die Anträge seiner Fraktion:

- Fertigstellung Ringschluss Dessau Nord zur Fertigstellung des Tangentensystems und Entlastung der Innenstadt sowie des Stadtteils Dessau-Nord; Aufnahme der Planungs- und Umsetzungskosten des Ringschlusses Nord (2. BA) in den HH 2018 und Folgejahre
- Schotterung unbefestigter Straßen in den Ortschaften - Erhöhung der Mittel für regelmäßige Schotterung und Ausbesserung der Straßen in Ortschaften und Stadtbezirken; Angestrebt werden soll eine vierteljährliche Ausbesserung der Schäden (Grund: verstärkte Starkregenereignisse)
- MBC Elbe Dessau e. V. - Zuschuss für Ausrichtung Internationales Motorbootrennen im Jahr 2018 in Höhe von 2.500,00 EUR (Voraussetzung ist gesicherte Finanzierung durch den Veranstalter)
- Ersatzbeschaffung einer Doppelschaukel für den Spielplatz in Mildensee (bisheriges Gerät wurde entfernt wegen technischer Mängel)
- Planungskosten für Ersatzneubau Sporthalle Gropius-Gymnasium (Aufnahme in HH 2018 und Folgejahre)
- Zuschuss TUS Kochstedt für Absicherung Mehrkosten - behindertengerechte Sanierung und Erweiterung Sportlerheim in Höhe von 45.000,00 EUR

- Alternativen für Straßenausbau Triftweg Roßlau; Positionierung nach Entscheidung des Ortschaftsrates Roßlau

Vom zuletzt genannten Antrag wird vorbehaltlich einer Entscheidung des Ortschaftsrates Roßlau Abstand genommen. Ebenso wird auf die Wiederholung eines Antrages für den SV Mildensee zur anteiligen Unterstützung bei den Betriebskosten verzichtet, da sich diese in der Sportförderrichtlinie wiederfindet und ein Antrag des Ortschaftsrates vorliegt, der eine Neubehandlung des bestehenden Erbbaupachtvertrages vorsieht, woraufhin auch der SV Mildensee anspruchsberechtigt wäre.

Frau Ehlert fügte zum Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich des Gropius-Gymnasiums hinzu, dass die Planungskosten für die Sporthalle im Haushalt enthalten sind. Sie stellte den ersten Antrag der Fraktion Die Linke ergänzend zum vorgeannten:

- Einsetzung eines Projektverantwortlichen für den Bau der Turnhalle Gropius-Gymnasium und laufenden Bericht über Baufortschritt im Fachausschuss

Die Frage des **Oberbürgermeisters**, ob über die bisherigen Kosten hinaus ein Projektverantwortlicher eingesetzt werden sollte, bejahte **Frau Ehlert**.

Herr Dr. Reck erklärte, wenn es eine Sportstättenförderung über das derzeit beantragte Förderprogramm gibt, wäre es folgerichtig, dass die Zuständigkeit im Sportreferat liegt. Wenn der Förderantrag abgelehnt werden würde, wäre es davon abhängig, wo die Fördermittel herkommen oder wenn es eine Eigenmittelfinanzierung geben soll, wo es verwaltungsmäßig angesiedelt ist – ob als (Schul-)Sportstätte oder ein Programm des Zentralen Gebäudemanagements.

Herr Schönemann forderte eine klare Positionierung. Er würde es gern in Gemeinschaftsverantwortung beider Dezernate nehmen. Zudem erwarte er einen Vorort-Termin mit dem Ministerpräsidenten.

Im Nachfolgenden verlas die Fraktion Die Linke (Frau Ehlert, Herr Schönemann und Herr Pätzold) ihre Anträge:

- Fortsetzung der Schulsozialarbeit über die Jahre 2020/2021 ist aufgrund des vorgelegten Sozialberichtes dringend notwendig; Kosten ca. 500.000 EUR

Frau Nußbeck erklärte, dass der Vorschlag als Konsolidierungsvorschlag aufgenommen wurde. Auf Dauer sei dies für die Stadt jedoch in der Größenordnung unmöglich. Sechs Stellen werden bereits ohne jede Förderung zu 100 % aus der Schulsozialarbeit finanziert. Sollte das Land sich weiter aus der Förderung zurückziehen und die Stadt die weiteren 500.000 EUR Kosten übernehmen, werden fast eine Mio. EUR für Schulsozialarbeit aufgewendet. Mit der Übernahme der Kosten werden die falschen Botschaften gesendet, ohne die Sache an sich in Frage zu stellen. Man signalisiert, dass man die Kosten auch ohne Förderung zu übernehmen schafft.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm fragte, ob das Land weiß, dass die Stadt so viel aus Eigenmitteln fördert und wie das auf das Land wirkt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** schilderte, dass es dem Land bekannt ist.

- Aufnahme Vorstudie / Planung für Neubau Körperbehindertenschule, evtl. Förderantrag über STARK III

Herr Krause erläuterte, dass dies derzeit vorbereitet und abgestimmt wird. Es bestehe Nachbesserungsbedarf. Erzielt werde die Förderung nicht über STARK III, sondern das Kommunalinvestitionsgesetz des Bundes, bei welchem der Bund für die Renovierung von Schulen Mittel zur Verfügung stellt, die vom jeweiligen Land verteilt werden. Diese Richtlinie liegt im Entwurf über den Städte- und Gemeindebund vor, die Stadt Dessau-Roßlau ist mit dem Empfang einer Summe i. H. v. 3,7 Mio. EUR benannt, sodass bei Bedarf der Rest aus Eigenmitteln finanziert werden muss. Der Auftrag wird sein, eine Konzeptstudie und einen Wirtschaftlichkeitsvergleich durchzuführen, um zu erörtern, ob ein Umbau oder genereller Neubau günstiger oder zielführender ist. Die Planungskosten hierfür sind i. H. v. 250.000 EUR eingestellt.

Unklar seien die Bedingungen des Bundesprogramms, so der **Oberbürgermeister**. In der kommenden Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes werde er diese in Erfahrung bringen. Sobald sie klar sind werde mit der Vorbereitung begonnen.

Ziel sollte der Neubau sein, so **Herr Pätzold**. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, dass der Neubau als wirtschaftlicher vermutet wird, der Beweis dafür muss vor dem Antrag erbracht werden. Hierbei handelt es sich um eine zwingende Voraussetzung, so **Frau Nußbeck**. Ein Neubau ist ausgeschlossen, außer wenn eine Sanierung unwirtschaftlicher ist.

- Erhöhung der Zuführungen an die Stadtbezirksbeiräte in Abhängigkeit von vorgelegten Konzepten in Höhe von 1.000,00 EUR bis 3.000,00 EUR je Stadtbezirksbeirat

Herr Schönemann erklärte, dass jedem Stadtbezirksbeirat ein pauschaler Jahresetat i. H. v. 1.000 EUR zusteht. Im Vergleich zu den Ortschaftsräten sei dies wenig. Anhand der Stadtteilprogramme, die die Stadtbezirksbeiräte für ihre Jahresarbeit erarbeiten, solle projektabhängig eine Bezuschussung bis zu 3.000 EUR erfolgen, im schlimmsten Fall sind es fünf mal 3.000 EUR abhängig vom Programminhalt. Gegenwärtig liegen nur von einzelnen Stadtbezirksbeiräten konzeptionelle Anträge vor.

- weitere schrittweise Erhöhung der Zuführungen an die Ortschaftsräte (bis in allen Vororten 7,50 EUR je Einwohner erreicht werden) um 0,50 EUR je Einwohner

Frau Ehlert erklärte, dass nur Meinsdorf und Rodleben 7,50 EUR/Einwohner erhalten. Man habe sich auf eine schrittweise Erhöhung geeinigt, die nun weiter verfolgt werden müsse.

- Aufnahme der Gedenkkultur in den Bereich Kultur - Produkt 28120; (7. Januar, 27. Januar, 5. Mai, 8. Mai, 2. Sonntag im September, 9. November, einschließlich der Arbeiten von J. Müller (AJZ) zur Gedenkkultur

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Gedenktage bisher immer von der Verwaltung vorbereitet und durchgeführt wurden.

Herr Schönemann schilderte, dass es hierbei um die Zuhilfenahme von Projektträgern geht, die auf freiwillige Art arbeiten und nur einen geringfügigen Zuschuss erhalten. Es solle sich derer bedient werden, er verwies auf Frau Jana Müller.

Unklar war, was sich hinter den Daten 5. Mai und 2. Sonntag im September verbirgt. **Herr Schönemann** sicherte zu, diese zu präzisieren.

- Unterstützung / Zuschuss für die Tafel in Dessau und Roßlau (damit die Warteliste der zu Versorgenden nicht noch mehr anwächst) nachgereicht: 150,00 EUR pro Monat - gesamt 1.800,00 EUR + 7 AGH-Maßnahmen (Betreuung durch "Wir mit euch e.V. ")

Herr Krause schilderte, dass Frau Müller (SPD-Fraktion) im Stadtrat bereits danach gefragt hatte. Aufgrund dessen wurde eine Recherche durchgeführt und eine schriftliche Antwort erteilt, wie die Tafel bereits nicht unerheblich in Form von Arbeitsgelegenheiten (AGH) gefördert wird. Es handle sich dabei um eine Art Dauermaßnahme, die aktuell sieben Teilnehmer umfasst, die das Ehrenamt unterstützen. Finanziell wurde Die Tafel bisher nicht gefördert, dazu wurden auch keine Anträge eingereicht. Die Verwaltung werde aufgrund der Anfrage von Stadträtin Müller Kontakt zur Tafel aufnehmen, um den Bedarf zu eruieren, da davon ausgegangen wird, dass dem Statut der Tafel dem etwas entgegensteht. Das strenge Statut zeigt sich darin, dass Die Tafel nur durch Spenden und das Ehrenamt bewirtschaftet wird.

- Vorlage einer Spielplatzanalyse reicht nicht aus; Festlegung der nächsten Schritte, mindestens Beseitigung von zwei Brennpunkten pro Jahr
- schrittweise Erweiterung des Spielplatzes Schillerpark zum Generationenspielplatz, zunächst Aufstellung eines Work-out-Gerätes; im Folgejahr eine ähnliche Skaterbahn (Platz zwischen DRK und Mariannenstraße)

Herr Schönemann fügte zum Antrag hinzu, dass die Vision der Fraktion eigentlich einen Mehrgenerationenspielplatz beinhaltet. Das sei eine völlig neue Herausforderung und Trend. Der Schillerpark hat als stadtteilbezogenes gestalterisches Gartenelement für das Quartier ein unwahrscheinliches Potential. Im Augenblick werde der Park völlig unzureichend genutzt, ältere Bürger schwärmen immer noch von den damaligen Parkordnungshütern. Der Rasen war einst von ausgezeichneter Qualität, inzwischen ist der Park überarbeitungsbedürftig. Der Schillerpark soll wieder ein Gesicht erhalten, über diesen Spielplatz sei eine erhebliche Aufwertung für das Quartier möglich.

- Gestaltung des Spielplatzes in der Mosigkauer Straße (Ersatz des Hauptspielgerätes)

Herr Schönemann erklärte, dass das aus Holz bestehende Hauptspielgerät verwittert war und aufgrund technischer Mängel kurzerhand entfernt wurde. Die Fraktion wünscht eine Ergänzung, um den Spielplatz in seine ursprüngliche Funktion zu bringen.

- weitere Unterhaltung der Straßen in den Vororten wie in den Vorjahren in Höhe von 100.000,00 EUR

Frau Nußbeck schilderte, dass die Mittel im Haushalt enthalten sind, es ist nichts weggenommen worden, es müsse nur untersetzt werden.

In diesem Jahr sei es schleppend und eigenartig gelaufen, entgegnete **Herr Schönemann**.

- Einstellung von Finanzmitteln zur Umsetzung des Beschlusses zur Verbesserung der Pflege des öffentlichen Grüns

Frau Nußbeck erklärte, dass Mittel für einen sofort erkennbaren Teil im Haushalt dargestellt sind. Mit dem Betriebsausschuss wurden Prüfaufträge abgestimmt: Ziel ist, konkret die Stellen zu benennen, an denen etwas gemacht wird. Der Stadtpflegebetrieb hat Vorschläge für das jeweilige Gebiet zu definieren, wo der Pflegeaufwand erhöht werden soll, inklusive Kostenaufwand. Man müsse auch darüber reden, an bestimmten Flächen den Pflegeaufwand mit investiven Maßnahmen langfristig zu verringern. Wenn die Ergebnisse vorliegen, müssen diese in den Haushalt fließen.

Herr Dr. Melchior verwies auf die Fraktionsvorlage, darin ist genau beschrieben, dass dieses Konzept vorgelegt und die Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollen.

- Vorhaltung von jugendgerechten Veranstaltungsorten wie z. B. Beatclub

Es ist schwierig, einen Jugendveranstaltungsort zu entwickeln, an dem Jugendkultur in der vielfältigsten Form abrufbar ist, so **Herr Schönemann**. Mit dem Verlust des Beatclubs ist wieder ein Szenebereich verloren gegangen. Jugendgerechte Angebote müssen begleitet werden, sie sind unersetzbar. Man müsse vor allem den richtigen Personen unter die Arme greifen.

- Neubau einer KITA im Quartier Leipziger Tor, Einstellung Planungskosten und Prüfung Förderung über STARK III

Bekannt sei, dass zwei Neubauten in Rede stehen, zum einen Ziebigk Siedlung, Essener Straße und Mildensee, so **Herr Schönemann**. Man müsse im Zuge der Diskussion um das Quartier am Leipziger Tor das Quartier über soziale Infrastruktur stabilisieren und Perspektive schaffen.

Der dritte Neubau erfolgt am Klinikum, fügte **Frau Nußbeck** hinzu.

Herr Krause sagte, dass in der OB-Dienstberatung am 07.11.2017 ein Grundsatzbeschluss zur Prüfung einer Einrichtung gefasst wurde. Dieser ist noch nicht im politischen Raum beraten worden, sondern wurde nur intern an das Zentrale Gebäudemanagement geleitet – vor dem Hintergrund, dass eine Reihe von STARK III Baumaßnahmen bevorstehen, nicht nur bei der DEKITA, sondern auch in freier Trägerschaft (z. B. Sonnenköppchen). Für die Baumaßnahmen wird dringend eine Übergangslösung benötigt, wenn diese gestemmt ist, soll die Einrichtung eine Dauereinrichtung bleiben. In der Schafftrift

soll eine kurzfristige Maßnahme in Form von 100 Plätzen in der ehemaligen Kinder-Freizeitoase eingerichtet werden. Die Maßnahmen werden derzeit erstellt. Es ist nicht wahr, dass es nur noch in Roßlau freie Plätze gibt. Bei den freien Trägern, die aus Sicht der Stadt weitere freie Plätze haben, wurde eine Abfrage gestartet, da die Verwaltung den Eindruck hat, dass die freien Träger nicht immer saubere Zahlen melden. Vorortbesichtigungen werden durchgeführt. Das Zuweisungsmanagement im Jugendamt soll besser gelingen.

Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes, schilderte, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nach wie vor gesichert wird. Problematisch sei eher, Personal zuzuführen. Derzeit werden die Anmeldelisten analysiert. Mit den Trägern müsse dann abgestimmt werden, über welche Monate welche Plätze freigehalten werden. Festgestellt wurde bereits, dass Plätze für Kinder blockiert werden, die erst in drei Monaten kommen. Laut Statistik gibt es freie Plätze, das Platzangebot wird jedoch immer als nicht ausreichend empfunden. Bisher habe jedes Kind einen Platz bekommen, zwar nicht immer wunschgerecht, aber das sehe das Gesetz auch so nicht vor.

Herr Schönemann legt Wert auf kurze Wege. Er fragte, ob der Öffentlichkeit über ein Portal übersichtlich zugänglich gemacht werden kann, dass ein Platz vorhanden ist. **Frau Förster** verwies auf das Elternportal. Abgesprochen werden derzeit die hinterlegten Anmeldelisten, bei denen zum Teil Doppelungen festgestellt wurden.

Herr Schönemann wandte sich an Herrn Adamek und bat um fraktionsübergreifende Verständigungen im Hinblick auf die Sportförderung, insbesondere bei beachtlichen Summen i. H. v. 45.000 EUR wie bei TuS Kochstedt. Das Vorhaben ist unterstützungswürdig, gemeinschaftlich zu arbeiten mache mehr Sinn und stärke die Außenwirkung des Rates.

Außerdem fragte **Herr Schönemann** Herrn Dr. Reck, ob es nach der neuen Sportförderrichtlinie Einschränkungen für Sportvereine gibt, deren Sportanlagen nicht im Eigentum der Stadt sind.

- Finanzielle Unterstützung in Höhe von 40 % der Betriebskosten auf nicht städtischen Anlagen für Sportverein LOK Süd bzw. mindestens 2.000,00 EUR und Kegler Grün-Weiß mindestens 1.000,00 EUR

Der Sportverein LOK Süd habe für das Quartier Süd eine immense Bedeutung als Sportanlage und Verein. Der Kegelverein Grün-Weiß hat den höchsten Monatsbeitrag aller Vereine und erhält die Einrichtung seit nunmehr acht Jahren in Eigenregie. Dies soll unterstützt werden.

Herr Dr. Reck erklärte, mit der Sportförderrichtlinie grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen zu haben. Bei festen Beträgen ist zu bedenken, dass eigentlich eine Fehlbedarfsfinanzierung oder Betriebskostenzuschüsse erfolgen. Für eine klare Festlegung auf einen solchen Betrag, sollte dieser in der Höhe nachgewiesen werden, dann sei es unproblematisch solche Anträge zu berücksichtigen. Für LOK Süd liegt bisher kein Antrag vor. Beim Verein werde

gezielt nachgefragt, die Unterlagen noch einzureichen. Dann werde zugesehen, die benötigten Beträge entsprechend der Höhe zu fördern.

- Einführung des Moduls Beschlusskontrolle in das Ratsinformationssystem

Frau Nußbeck erwiderte, dass das Modul vorhanden ist, aber noch eingeführt werden muss. In den Verwaltungsbereichen entsteht dadurch zusätzlicher Aufwand, weil die Einbringer der Vorlage am Ende in das System einpflegen müssen, wann und wie der Beschluss umgesetzt worden ist. Hierfür sind Schulungen nötig. Der Antrag werde als Prüfauftrag übernommen, wenn es der allgemeine Wunsch der Politik ist, dies 2018 einzuführen. Es werde jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Schönemann erklärte, durch das Fachamt mitbekommen zu haben, dass es durchaus möglich ist und sich die Verwaltung der Aufgaben stellt. Jedoch sei es nicht rückwirkend möglich, sondern könne erst ab einem Stichtag mit dem Modul gearbeitet werden. Es werde Organisationsaufwand, aber keine Millionen EUR kosten.

- Umgestaltung Ratssaal in die Planung aufnehmen
- Schaffung einer Personalstelle für einen Klimamanager und Ausschreibung derselben

Über Jahre hinweg wurde durch den Klimamanager eine Menge an Erkenntnissen für eine neue Lebensqualität in dieser Stadt geschaffen. Bisher konnte es immer nur über Förderungen realisiert werden, so musste die Stelle immer wieder neu eingestellt werden. Sie wird gebraucht, um im Umweltbereich strategisch für mehr Lebensqualität in dieser Stadt zu erarbeiten.

- einmalige Unterstützung des Anhalt-Sport e.V. für 20. Leichtathletik-Meeting in Höhe von 20.000,00 EUR

Herr Dr. Melchior erklärte eingangs, dass Antrag des Anhaltssportvereins unterstützt wird. Des Weiteren verlas er den Antrag seiner Fraktion:

- Teilsanierung der Turnhalle Mosigkau; hier: Sanierung der Fenster der Halle; Unterstützung in Höhe von 25.000,00 EUR

Herr Dr. Reck ergänzte, dass der Antrag auch dem Sportreferat vorlag. Er wurde im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vorgestellt, auch wenn es eine kommunale Einrichtung und daher eigentlich Aufgabe des Zentralen Gebäudemanagements ist. Aus sportfachlicher Sicht befürwortete er den Antrag ausdrücklich zur Verbesserung der Strukturen. Der Antrag fand ebenso wie die für TuS Kochstedt und den Seesportverein Zustimmung. Gleichzeitig werde sich um Übernahme der Pacht vom Verein bemüht. Bei einer Vorortbesichtigung wurde dringender Handlungsbedarf erkannt.

Herr Dr. Melchior erwiderte, dass das eigentliche Ziel darin bestehe, den Träger der Sporteinrichtung dazu zu bringen, dass das Klinikum die Turnhalle

übernimmt. Ansonsten müsste eine Pachtlösung für den Verein bedacht werden.

Herr Eichelberg erklärte, den ersten Antrag (Frühstücksversorgung in den Kitas) bereits zuvor genannt zu haben. Der Antrag der Fraktion Die Linke auf Schaffung einer Personalstelle für einen Klimamanager und Ausschreibung derselben werde von der SPD-Fraktion unterstützt, so auch der Antrag für TuS Kochstedt. Dem Antrag auf Neubau einer Kita in der Stadtmitte ist die Stadt bereits gerecht geworden. Herr Eichelberg fragte, wie hoch die Planungskosten für den Ringschluss Nord sind und ob diese bereits in den Haushalt eingestellt wurden. **Herr Adamek** entgegnete, dass die Kostenprüfung ein Auftrag an das Dezernat ist, wobei die Kosten bereits vollumfänglich in der Planung der damaligen Ostrandstraße/Nordumgehung hinterlegt waren. Da die Verwaltung die Summe der Planungskosten nicht nennen konnte, sicherte **Frau Beigeordnete Schlonski** eine nachträgliche Beantwortung zu. Der Ringschluss Nord wurde im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans überprüft, in diesem Zusammenhang werde der weitere Umhang entschieden, die Kosten ermittelt und bei Beschluss aufgenommen.

Herr Eichelberg merkte hinsichtlich der Schulsozialarbeit an, dass man Druck machen müsse, die Mittel woanders als aus dem städtischen Haushalt zu bekommen. Wenn das nicht gelingt, müssen Prioritäten gesetzt werden.

Die Stadt müsse sich Gedanken machen, wo sie Geld hernimmt, so **Herr Hernig, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**. Die Stadtmarketinggesellschaft arbeitet fleißig an der Werbung für die Stadt. Die beste Werbung sei eine günstige Gewerbesteuer, was in Dessau-Roßlau aber nicht möglich ist. Er berichtete, dass die Fraktion die Kosten der Jahre 2016 bis 2018 überschaut hat. Im Bereich Sport ist im Haushalt ein Anstieg des Defizites zu verzeichnen, d. h. die Stadt finanziert relativ viel, was einerseits auch gut ist. Man sollte jedoch versuchen, Geld wieder einzuholen, auch über Sponsoren. Bis 2015/2016 waren es circa 200.000 EUR Sponsoreinnahmen, die noch zu übertreffen sind. Man könne überregional mit anderen Sportstätten agieren. Marketing ist dabei ganz wichtig, dahingehend solle mit der Stadtmarketinggesellschaft kooperiert werden. Hinsichtlich des Motorsportclubs MBC Elbe Dessau e. V. erklärte Herr Hernig die Unterstützung des Antrages der CDU-Fraktion. Wenn der Club Geld von der Stadt erhält, solle er eine Gegenleistung erbringen. Es werden Eintrittskarten für das Fahrerlager verkauft, da müsse der Verein regionale Produkte wie z. B. die Schokoladentafeln der Stadtmarketinggesellschaft mitverkaufen. Die Stadt müsse attraktiver werden, so auch für die Jugend.

Anschließend schloss **Herr Oberbürgermeister Kuras** die Antragstellung.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, fragte bezüglich des Seesportvereines, ob dafür kein separater Antrag gestellt wird. Ein Antrag wurde zwar eingebracht und im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport auch befürwortet, aber er geht davon aus, dass die Fraktionen keinen separaten Antrag für den Förderzuschuss des Vereines stellen. Gegenteilige Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Frau Nußbeck erklärte, dass die heute gestellten Anträge allesamt aufgenommen wurden und nun so aufbereitet werden, dass bestimmte Prüfaufträge empfohlen

werden. Die Verwaltung werde prüfen, inwieweit die Deckung aus den Haushaltsmitteln, die zur Verfügung stehen und den Änderungen, die sich in der Zwischenzeit ergeben haben, darstellbar ist. Am 14.02.2018 findet die Bereinigungssitzung statt, in der abschließend über die Anträge entschieden werden muss. Danach werden die Änderungsliste der Stadträte und die der Verwaltung, die sich aus neuen Ergebnissen, wie Ausschreibungsergebnissen sowie objektiven Veränderungen ergeben hat, eingepflegt und rechtzeitig am 28.02.2018 ausgereicht. Im Haushaltsausschuss am 06.03.2018 werden die Änderungen abgestimmt, am 09.03.2018 werden die Listen für den Stadtrat am 21.03.2018 ausgegeben. Frau Nußbeck bat darum, die ausgereichten USB-Sticks mit den Haushaltsunterlagen zurückzugeben, um dann den kompletten, beschlossenen Haushalt auf die Sticks zu überspielen. Die Änderungslisten werden elektronisch versandt.

Herr Hernig fragte, ob bis dahin eine Eröffnungsbilanz gefertigt wurde. **Frau Nußbeck** verneinte dies, sie werde in diesem Jahr fertiggestellt, aber nicht zum Haushaltsbeschluss. Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung für den Erlass beim Landesverwaltungsamt wurde gestellt.

Herr Rumpf fragte, bis wann eine Antwort dazu erfolgt. **Frau Nußbeck** ging davon aus, dass das Landesverwaltungsamt über den Antrag im Zusammenhang mit dem Haushalt entscheiden wird, wenn der Haushalt im Übrigen genehmigungsfähig ist, weil er in dem Zeitraum ausgeglichen ist und die Kreditaufnahmen genehmigungsfähig sind. Vorsichtshalber wurde der Antrag gestellt.

Herr Dr. Melchior äußerte Bedenken hinsichtlich der im vorläufigen Sitzungskalender für Mitte Dezember ausgewiesenen Haushaltsberatung für 2019. Er erachtete diese als zu spät.

Frau Nußbeck erklärte, wie zuvor im Ausschuss für Finanzen auf die Kritik von Herrn Dreibrodth hin, dass keinem Verein aus der satzungslosen Zeit jemals Nachteile entstanden sind. Um den Stadträten im September den neuen Haushalt bieten zu können, müsse bereits jetzt mit der Planung begonnen werden. Das Dilemma daran ist, dass man mit den Haushaltsberatungen in die Sommerpause kommt. Die Verwaltung hat aber insbesondere Juli, August auch Urlaub. Frühere Beratungen sind nicht möglich. Den ganzen September sind fast täglich Haushaltsberatungen geführt worden, man war sofort in der OB-Dienstberatung. In der Verwaltung selbst wird ein Viertel Jahr Beratungen durchgeführt.

Dies könne man auch schneller machen, so **Herr Dr. Melchior**. Dann müsste eine weitere Sitzung eingeschoben werden. Früher wurde schneller beraten, weil der Haushalt nicht durch alle Ausschüsse gegangen ist, so **Frau Nußbeck**. Da wurde der Haushalt nur im Haushaltsausschuss beraten, sodass er in spätestens acht Wochen beschlossen war. Dass die Verwaltung ganz schnell sein muss und man dann bei den Beratungen aller Ausschüsse ewig Zeit hat, erachte sie als unfair. **Herr Dr. Melchior** entgegnete, dass die anderen Städte es immer im Dezember schaffen, die Haushaltssatzung, den Haushalts- sowie Stellenplan und das Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen. **Frau Nußbeck** verwies darauf, dass sich diese von der Untergliederung des Haushaltes der Stadt Dessau-Roßlau stark unterscheiden. Der Haushalt anderer Städte sieht aus wie ein Wirtschaftsplan. **Herr Dr. Melchior** verwies auf die Budgetierung. Wenn man das, was als Deckung ausgewiesen ist, in globale Budgets formt, kommt man zu einem deutlich knapperen Haushalt. Das habe

für die Politik jedoch den großen Vorteil, weil der Haushalt dadurch transparenter und insgesamt übersichtlicher ist. Dadurch hätte man deutlich einfachere Haushaltsberatungen. Dies sei zu überdenken. **Frau Nußbeck** verwies auf die dezidierten Anträge, hinterher gibt es die Haushaltsstelle „Veranstaltungen“, aus der nicht erkennbar ist, was darin enthalten ist. Dies sei stark zu überlegen, denn man sehe dann nichts mehr.

Herr Schönemann zeigte Verständnis für die Ungeduld. Die individuelle Beratung in den Ausschüssen hat man sich erkämpfen müssen, diese möchte er nicht missen. Die Dinge werden im Detail besprochen, dadurch habe man bei der Beschlussfassung in den letzten Jahren immer eine hohe Einigkeit und Zustimmung erreicht. Die Detailarbeit habe geholfen, mehr Verständnis für die Gesamtsituation, sowohl für die Verwaltung als auch die Politik, zu erzeugen. Die Fachausschussberatungen sollen fortgeführt werden.

Herr Dr. Melchior entgegnete, dass man es so viel besser übersieht.

Herr Schönemann erinnerte daran, dass man früher bemüht war, eine gesamte Prioritätenliste zu erstellen. Am Ende liegt mit der Änderungsliste genau der Kontext vor, dann ist fast budgetiert übersichtlich, welche Entscheidungen fallen sollen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wurde verwiesen in die nächste gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem Ausschuss für Finanzen am 14.02.2018.

Die **Vorsitzenden beider Ausschüsse** stellten um 19.24 Uhr **Nichtöffentlichkeit** her.

Während der Beratung erschien **Herr Semper, Fraktion Die Linke**, als Mitglied des Ausschusses für Finanzen um 17.13 Uhr zur Sitzung.

Herr Schlecht-Pesé verließ um ca. 18.40 Uhr die Sitzung und benannte Herrn Präger als seine Vertretung für eventuelle Abstimmungen.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm verließ die Sitzung um 19.09 Uhr.

5.2 Haushaltssatzung 2018, Haushaltsplan 2018, Stellenplan 2018 Vorlage: BV/450/2017/II-20

siehe TOP 5.1

8 Schließung der Sitzung

Die beiden Ausschussvorsitzenden **Herr Oberbürgermeister Kuras** und **Herr Rumpf** (stellv.) schlossen die gemeinsame Sitzung um 19.29 Uhr.

Dessau-Roßlau, 23.02.18

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

S. Kahl
Schriftführerin